

+++ Pressemitteilung | Blaue Partei #TeamPetry +++

Berlin, 29.11.2018

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Rede Frauke Petry (Blaue Partei), MdB

zum Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

„Mit dem Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration die internationale Zusammenarbeit in der Migrationspolitik stärken und Migration besser regeln und steuern“ (Drucksache 19/6056)

Frauke Petry: „Pakt gründet auf falscher Idee, alle Länder hätten dieselben Interessen“

(Begrüßung)

„‘Warum sollte Europa diesen Pakt der Wölfe unterzeichnen, wie sie mit den Schafen umgehen wollen?’ So hat ein Berater (Dan Schueftan) von Ministerpräsident Netanjahu den Migrationspakt abgewiesen. Auch Australien, die USA, Ungarn, Österreich, Bulgarien, Tschechien, Polen und weitere neun europäische Länder lehnen den Pakt ab. Heute legen CDU und SPD uns diesen ‚Pakt der Wölfe‘ vor.

Die ganze Welt redet von Fake News. Lassen Sie mich heute von Fakten sprechen. Fakten, die in diesem Antrag entweder ausgelassen, verdreht oder sogar konterkariert werden. Sie sprechen davon, Migration begrenzen zu wollen. Tatsächlich findet man die Wörter „kontrollieren“ oder „begrenzen“ im Text nicht ein einziges Mal. Der Begriff ‚Grenzkontrolle‘ kommt nur an einer einzigen Stelle vor, und zwar, um diese zu ‚überprüfen‘ oder gar zu ‚revidieren‘.¹ Stattdessen ist von einem ‚effektiven Grenzmanagement‘ die Rede, dieses soll der Sicherheit der Migranten dienen und nicht dem Schutz der Zielländer.² Gesteuert wird der

¹ Ziffer 27c, Seite 18.

² Ziffer 27b, Seite 18.

sichere Migrationsstrom ins Zielland. Selbst Sanktionen gegen illegale Migration stehen auf dem Prüfstand.³ Polizeiliche Täterprofilierung aufgrund von Ethnie und Religion sollen abgeschafft werden.⁴ Der Pakt ächtet Freiheitsentzug bei illegaler Einreise, was ihn angesichts des internationalen Terrorismus zu einem Sicherheitsrisiko in Papierform macht.⁵ Der Pakt verlangt kulturelle Anpassungen unserer Gesellschaft zugunsten von Migranten und vollen Zugang zum Gesundheitssystem⁶ und verhindert die Kürzung von Sozialleistungen – selbst für illegale Migranten.⁷

Drittens greift der Pakt offen die Grundrechte an. Kritik an der These, dass massenhafte Armutsmigration ‚eine Quelle des Wohlstands, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung‘⁸ sein soll, wird als ‚falsches Narrativ‘ abgestempelt.⁹ Wer dagegen eine ‚migrationsfreundliche‘ Haltung einnimmt, soll finanzielle Unterstützung erhalten.¹⁰ Kurz: der Pakt definiert, was Wahrheit und was Lüge ist, und unterminiert so die Meinungs- und Pressefreiheit. Im Notfall greifen sogar neue Straftatbestände zum Schutz der Migranten vor ‚Hass-Verbrechen‘.¹¹

Die Spitze ist aber die ‚dauernde Wiederholung einer Dummheit‘, wie sie Franz-Josef Strauß genannt hätte. Internationale Beziehungen, das lernen Studenten im 2. Semester, fußen immer auf Gewohnheitsrecht. Dass ‚weiches Recht‘, wie etwa Absichtserklärungen, über Jahre zu ‚hartem Recht‘ reifen, ist eines der wenigen Gesetze der Außenpolitik. Die österreichische Ablehnung fußt zentral auf dem Gedanken, dass man dem Migrationspakt dadurch rechtli-

³ Ziffer 27d, Seite 18.

⁴ Ziffer 33d, Seite 23.

⁵ Ziffer 29, Seite 19.

⁶ Ziffer 31e, Seite 22.

⁷ Ziffer 31b, Seite 21.

⁸ Ziffer 8, Seite 3.

⁹ Ziffer 10, Seite 3.

¹⁰ Ziffer 33c, Seite 23.

¹¹ Ziffer 33a, Seite 23.

ches Gewicht verleiht, wenn man ihm zustimmt. Die europäischen Gerichtshöfe haben bereits geurteilt, dass sie nationales Recht auch in Menschenrechtsfragen außer Kraft setzen können. Die Bundesregierung behauptet dagegen, dass es sich um einen ‚Nicht-Vertrag‘ ohne rechtliche Verpflichtungen handelt.

Damit muss man schließen:

Entweder, die Bundesregierung ist außenpolitisch ahnungslos und inkompetent

Oder, die Bundesregierung weiß sehr genau, was sie tut – und sagt aus Angst vor Gesichtverlust die Unwahrheit.

Beide Varianten sind wenig schmeichelhaft, denn Sie missbrauchen in jedem Fall die Solidarität Ihrer Bürger. Ihr Pakt gründet zudem auf der falschen Annahme, dass alle Länder dieselben Interessen haben. Richtig ist aber: Krisenländer mit Überbevölkerung entledigen sich gern eines Teils ihrer Bürger, reiche Länder werden automatisch zum Einwanderungsmagneten.

Die Große Koalition hat seit 2015 großen europäischen Schaden angerichtet. Jetzt versuchen Sie, Ihr staatspolitisches Versagen nachträglich über die UNO zu legitimieren. Schenken Sie den Bürgern endlich reinen Wein ein, anstatt sie für Schafe zu verkaufen.“